

Regionale Entwicklungsdisparitäten und Regionalpolitik in der Tschechischen Republik

JAN HRÍCH, KRISTINA LARISCHOVÁ

1. Bisherige Schritte der Regierung bei der Formulierung der Regionalpolitik

Die Tschechische Republik wurde in der „Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag der Tschechischen Republik“ aufgrund ihrer nicht vorhandenen Regionalpolitik kritisiert, da regionale Entwicklungsinitiativen lediglich über sektorspezifische Maßnahmen auf nationaler Ebene durchgeführt werden. Die Regierung wählt zu diesem Zweck – insbesondere aufgrund der Arbeitslosenquote – alljährlich die „wirtschaftsschwachen Gebiete“ aus. Der Umfang der erreichbaren Mittel ist aber sehr begrenzt, und es ist unklar, welche konkreten Ausgabenposten durch die EU-Strukturfonds kofinanziert werden könnten.¹

Nach Auffassung der Kommission müßten also die tschechischen Staatsorgane in diesem Bereich im Einklang mit den Regeln der EU bedeutsame Reformen realisieren und den Rechts-, Verwaltungs- und Haushaltsrahmen der integrierten Regionalpolitik einführen. Die Fähigkeit der Tschechischen Republik, die Regelungen der EU in diesem Bereich mittelfristig zu übernehmen, wird aber in der Stellungnahme positiv bewertet.

Eine der Reaktionen der tschechischen Regierung auf die Kritik seitens der EU stellte der Regierungsbeschluß Nr. 202/98 vom 23. März 1998 dar, in dem unter anderem die „Grundsätze der Regionalpolitik der Regierung der Tschechischen Republik“ festgesetzt wurden, die sich vor allem auf die Erreichung der Kompatibilität mit der EU-Politik in diesem Bereich orientieren. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, daß die Ausgangsprinzipien dieser Politik mit den Prinzipien der Konzentration, Partnerschaft, Programmierung und Zusätzlichkeit der EU-Strukturpolitik identisch sind. Die praktische Realisierung dieser Prinzipien sollte nach dem EU-Beitritt den konkreten Bedingungen der Union angepaßt werden.

Laut Regierungsbeschluß stellt die Regionalpolitik eine Tätigkeit sowohl des Staates als auch der regionalen Organe dar, die mit den folgenden Zielen ausgeübt werden soll:

- 1) Zu einer ausgewogenen und harmonischen Entwicklung der einzelnen Regionen beizutragen;

¹ Laut der „Wirtschaftsstrategie des Beitritts zur EU“, das die Vorbehalte der Kommission voll anerkennt, soll es sich hierbei um etwa 0,03 % des BIP handeln. Bis Ende der Vorbereitungsperiode zum EU-Beitritt sollte es sich ungefähr auf 0,2 % des BIP erhöhen.

- 2) Die Unterschiede zwischen den Entwicklungsniveaus der einzelnen Regionen zu verringern;
- 3) Eine harmonische ökonomische und soziale Entwicklung der einzelnen Regionen zu fördern, insbesondere mit dem Ziel, ihr wirtschaftliches und soziales Potential zu aktivieren.

Die Regionalpolitik wird in der Tschechischen Republik sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf regionaler Ebene durchgeführt. Das Zentralorgan der Staatsverwaltung in diesem Bereich ist das Ministerium für Regionale Entwicklung (für die Regionalpolitik des Staates können aber unter gewissen Bedingungen auch andere Ressorts zuständig werden – siehe Punkt 8 des Regierungsbeschlusses). Auf regionaler Ebene sollen für diese Politik vor allem die Vertretungen der künftigen höheren Selbstverwaltungseinheiten (Bezirke) zuständig sein. Die Regionalpolitik sollte aus einem einheitlichen System von Planungsdokumenten – insbesondere der Strategie der regionalen Entwicklung der Tschechischen Republik und der regionalen Entwicklungsprogramme – hervorgehen.

In ihrer „Wirtschaftsstrategie des EU-Beitritts: Ausgangspunkte und Richtungen der Lösungen“ („National Accession Strategy“) vom Juni 1998 betrachtet die tschechische Regierung die Regionalpolitik der EU als eine „Gelegenheit, die wirtschaftlichen, sozialen bzw. ökologischen Probleme, die als eine Nebenfolge der Integration der Tschechischen Republik in die EU entstehen könnten, effizienter und schneller als nur durch eigene Kräfte zu lösen“. Damit die Tschechische Republik diese Gelegenheit zu nutzen imstande wäre, müßten entsprechende Strukturen und Institutionen geschaffen werden. Dieses Dokument versteht also Regionalpolitik in erster Linie nicht als eine wichtige Voraussetzung der erfolgreichen Entwicklung der Tschechischen Republik an sich, sondern vor allem als eine nötige Bedingung der weiteren Annäherung an die EU (und der Milderung der Nebenfolgen dieses Prozesses).

Die tschechische Beitrittsstrategie unterscheidet zwei Hauptziele der tschechischen Regionalpolitik: ein wachstumsförderndes Ziel (Aktivierung des Wirtschaftspotentials einer Region) und ein Ausgleichsziel (Förderung der *wirtschaftlich schwachen* Regionen). Die Regionalpolitik solle „die üblichen ökonomischen und finanziellen Instrumente“ benutzen, die aber zugunsten einiger Regionen intensiver angewandt werden könnten. Es wird aber betont, daß diese Instrumente nicht zur Verletzung des Wirtschaftswettbewerbs bzw. zur Konservierung der veralteten Wirtschaftsstrukturen führen dürfen.

Die Beitrittsstrategie beschäftigt sich unter anderem auch mit den Kapazitäten der tschechischen Wirtschaft, Strukturfondsmittel der EU zu absorbieren. Die Regierung ist sich bewußt, daß diese Problematik sehr eng mit der Reform der Gebietsgliederung und der gesamten öffentlichen Verwaltung zusammenhängt. In der Entstehungszeit des Regierungsbeschlusses mußten zunächst die NUTS-Regionen festgelegt werden, da damit unter anderem die entsprechende Einführung eines Regionalstatistiksystems nach den Regeln von Eurostat zusammenhängt. Die wichtigste Voraussetzung zur Absorption von EU-Strukturfondsmitteln ist aber die ausreichende Verfügbarkeit der zur

Kofinanzierung der konkreten Programme unerläßlichen Finanzmittel, was sich beim bestehenden Stand der öffentlichen Haushalte als sehr kompliziert erweisen dürfte.

Trotz des bisherigen Fehlens eines komplexen Systems der Regionalpolitik hatten einige Schritte der Regierung regionale Auswirkungen. Es handelte sich hierbei vor allem um die erhöhten Beihilfen im Rahmen des Programms „Region“ für kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten in den sogenannten *strukturell betroffenen* bzw. *wirtschaftlich schwachen* Regionen. Die Bekanntgabe dieses Programmes obliegt dem Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, die Realisierung der Tschechisch-Mährischen Garantie- und Entwicklungsbank AG, einer Aktiengesellschaft, die völlig in staatlicher Hand ist. Diese spezialisierte Institution entscheidet auch über die Zuteilung der Finanzmittel aus dem Staatshaushalt.

Im Rahmen des Programmes „Region“ werden sowohl Beiträge zur Deckung der kommerziellen Zinssätze der Banken als auch Staatsbürgschaften für die von Banken gewährten Kredite geleistet. Im Jahre 1997 wurden durch dieses Programm insgesamt 296 Unternehmerprojekte gefördert, die Beiträge zur Deckung der Zinsen betragen fast 348 Mio. K. Während des gesamten Zeitraumes 1993-1997 waren es insgesamt 2 737 Projekte, und der Umfang der Förderung betrug etwa 2,8 Mrd. K. (eingerechnet der Bürgschaften). Seit dem Jahr 1994 kam es aber zu einer stufenweisen Reduzierung der geleisteten Förderung (die starke Senkung im Jahre 1997 wurde vor allem durch zwei Wellen der Haushaltsabstriche - Sparpakete verursacht). Im Jahr 1997 betrug das Programmbudget 0,02% des tschechischen BIP.

Das Programm „Region“ wird für jedes Jahr seitens des zugehörigen Ministeriums wiederaufgenommen und wird auch 1999 fortgesetzt. Die Förderung durch dieses Programm könnte mit der Förderung durch Flächenprogramme kombiniert werden.

Förderung der Unternehmenstätigkeit durch das Programm „Region“ in den Jahren 1993-1997

Kennziffer	1993	1994	1995	1996	1997
A) Zinssubventionen					
- Anzahl der geförderten Projekte	410	672	680	414	231
- Umfang der geleisteten Förderung (in Mio. CZK)	357,8	669,2	548,0	468,7	347,9
B) Staatsbürgschaften für Kredite					
- Anzahl der geleisteten Bürgschaften	72	71	68	54	65

Quelle: Ministerium für regionale Entwicklung.

Einen regionalpolitischen Charakter hatten in den letzten Jahren auch andere Tätigkeiten der Staatsverwaltung.² Es handelte sich hierbei vor allem um einige Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die die zum Ministerium für Arbeit und Soziales gehörenden Kreisarbeitsämter verwirklichten. Von 1994 bis 1996 führte die Arbeitsverwaltung 40% der Beschäftigungsprogramme und 60% der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den sogenannten wirtschaftlich problematischen Regionen durch.

Regionalpolitische Auswirkungen hatte unter anderem auch die Orientierung eines Teiles der Agrarsubventionen, da sich diese vor allem auf die Regionen mit den „weniger günstigen Naturbedingungen“ (insgesamt siebzehn Kreise mit 23 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Tschechischen Republik) konzentrierten. In diese Regionen flossen im Jahre 1996 39,9 % der gesamten direkten Agrarsubventionen (aber nur 15,9 % der begünstigten Kredite und 17 % der Zinssubventionen).

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung bekannte sich in ihrer Regierungserklärung vom August 1998 eindeutig zur Durchführung einer Regionalpolitik, die mit der Regionalpolitik der EU voll kompatibel ist. Die Regionalpolitik soll neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Ausnutzung der Phare-Mittel eine starke Priorität besitzen.

In den letzten Monaten des Jahres 1998 wurden beträchtliche Fortschritte bei der Schaffung der für die künftige Teilnahme an der Strukturpolitik der EU nötigen Voraussetzungen erzielt. Am 26. Oktober beschloß die Regierung eine Gebietsgliederung nach der NUTS-Klassifikation. Am 3. Dezember wurde dann der gesamtstaatliche „Monitoring-Ausschuß“ für den Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion konstituiert. Daneben wurden in dieser Zeit regionale „Monitoring- bzw. Leitausschüsse“ gegründet. Bis 31. März 1999 sollten die strategischen Pläne zur Entwicklung der einzelnen Regionen vollendet werden, aufgrund derer bis 30. Juni 1999 die gesamte „Strategie der regionalen Entwicklung der Tschechischen Republik“ verarbeitet werden sollte. Bis Ende September 1999 sollte diese Strategie durch den „Regionalen Entwicklungsplan für die Periode 2000-2006“ ergänzt werden. Der Minister für regionale Entwicklung hat inzwischen einen Entwurf für ein „Gesetz zur Förderung der regionalen Entwicklung“ vorgelegt, das ein günstiges Rechtsmilieu für die Erfüllung der aus dem Europa-Abkommen folgenden Verpflichtungen und die künftige Teilnahme an der Strukturpolitik der EU schaffen soll.

Die Tschechische Republik und ihre öffentliche Verwaltung soll auf die Abschöpfung der Mittel aus den ab 2000 verfügbaren Instrumenten zur

² Das einzige komplexe Programm zur regionalen Förderung unter der Regierung Václav Klaus stellt der Regierungsbeschluß Nr. 148/94 dar. Dieses Programm betraf damals insgesamt vier Kreise mit der höchsten Arbeitslosenquote und umfaßte Maßnahmen zugunsten der Infrastruktur sowie der Entwicklung der Unternehmenstätigkeiten (insgesamt im Wert von 350 Mio. K). Dieses Programm galt aber nur bis Ende 1994.

Beitrittsvorbereitung (ISPA und SAPARD) und - nach dem Beitritt - aus den Strukturfonds der EU vorbereitet werden.³

2. Die wichtigsten Tendenzen und Probleme der bisherigen Regionalentwicklung

Während der zentralen Planwirtschaft und der totalitären politischen Ordnung bestanden zwischen den einzelnen Regionen der damaligen Tschechoslowakei in sozialer Hinsicht praktisch keine Unterschiede. Die Arbeitslosigkeit existierte (zumindest offiziell) nicht, und die Unterschiede im Lohnniveau, die eventuell an einigen Orten entstehen hätten können, wurden durch das Zentrum administrativ ausgeglichen.

Damals wurden aber dennoch die Grundlagen der späteren Differenzierungstendenzen gelegt, die dann während der Transformation der Wirtschaft von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft voll zum Ausdruck kamen. Die verschiedenen Probleme entstanden vor allem im Zusammenhang mit der beträchtlichen (und in der Zeit der Planwirtschaft noch künstlich „verdichteten“) Konzentration der Schwerindustrie in großen Teilen Nordmährens (insbesondere im Gebiet um Ostrava) und Nordböhmens. Eine andere Art wirtschaftlich problematischer Regionen, deren strukturelle Schwächen während der Transformation zu Tage traten, stellen die relativ schwach entwickelten Gebiete mit überwiegend ländlichem Charakter dar, in denen mit Hilfe von Agrarsubventionen lange Zeit eine intensive Landwirtschaft betrieben wurde.

Allgemein läßt sich feststellen, daß die bisherigen Haupttendenzen der Regionalentwicklung in der Tschechischen Republik eher aus der strukturellen Charakteristik einer bestimmten Region (Konzentration problematischer Wirtschaftsbranchen) als aus ihrer geographischen Lage hervorgingen. Die Situation beginnt sich aber in dieser Hinsicht langsam zu verändern, wobei die westlichen Teile der Tschechischen Republik schon heute im Durchschnitt ein etwas höheres Wachstumspotential aufweisen.⁴ Die ökonomische und soziale Territorialdifferenzierung der Tschechischen Republik, die unter den Bedingungen der Marktwirtschaft bis zu einem gewissen Grade natürlich ist, hatte bisher keine extremen Ausformungen, die den elementaren Zusammenhalt der ganzen tschechischen Gesellschaft bedrohen könnten.⁵ Für eine künftige erfolgreiche und dauerhafte Entwicklung der ganzen

³ In ihrem – insgesamt kritisch ausfallenden - Fortschrittsbericht vom 4. November 1998 lobte die Europäische Kommission die Tschechische Republik (vor allem das Ministerium für regionale Entwicklung) wegen ihrer Fortschritte bei der Vorbereitung auf die Teilnahme an der EU-Strukturpolitik.

⁴ Während z.B. die in der Landesmitte gelegene Stadt Brno eine positive Ausnahme zu diesem West-Ost-Muster darstellt, bilden einige westböhmische Kreise (z.B. Tachov oder Sokolov), die starke strukturelle Mängel aufweisen, negative Ausnahmen.

⁵ Das Territorium der Tschechischen Republik ist in dieser Hinsicht auf jeden Fall homogener, als das Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei zu dieser Zeit gewesen wäre.

tschechischen Wirtschaft und Gesellschaft ist es aber unbedingt nötig, einige negative Entwicklungen (vor allem die exzessive und schnell wachsende Arbeitslosigkeit in einigen Regionen) unverzüglich abzuschwächen und später zum Stillstand zu bringen.

Die zunehmenden sozialen Unterschiede zwischen den Regionen manifestieren sich auch in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, der sich kurz nach Beginn des Transformationsprozesses ausdifferenzieren begann. Die Gebiete mit der höchsten Arbeitslosenquote konzentrieren sich vor allem auf einige Kreise in Nordmähren bzw. Nordböhmen. Von einer Abnahme der Beschäftigung waren vor allem der Bergbau, die Metallurgie, der Maschinenbau und die Textilindustrie stark betroffen. Aufgrund der für die Tschechische Republik bisher typischen, relativ hohen Konzentration dieser Wirtschaftszweige in gewissen Regionen hatte diese Entwicklung dramatische Folgen für die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen.⁶ Eine regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit erfolgt ungefähr seit Mai 1997 vor dem Hintergrund einer relativ stark wachsenden landesweiten Arbeitslosenquote, die zum 31. Dezember 1998 schon 7,5 % betrug, d.h. 387 000 registrierte Stellensuchende.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit wurde während der ersten Jahre der ökonomischen Transformation vor allem durch die dynamische Entwicklung des Dienstleistungssektors auf der einen Seite und durch die Senkung der Erwerbsbeteiligung – vor allem der Frauen und Rentner – auf der anderen Seite gedämpft. Aufgrund der starken Entwicklung des Dienstleistungssektors in der Hauptstadt (in der ein relativ umfassender und auf kleinem Raum konzentrierter Markt besteht) war die Situation hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in Prag und seiner unmittelbaren Umgebung bei weitem die günstigste. Noch im Dezember 1998 lag die Arbeitslosenquote in der Hauptstadt nur bei 2,3 %.

Differenzierung der Arbeitslosenquote in der Tschechischen Republik

Kennziffer	12/92	12/93	12/94	12/95	12/96	12/97
Gesamtstaatliche Arbeitslosenquote (in %)	2,6	3,5	3,2	2,9	3,5	5,2
Anzahl der Arbeitslosen (in Tausenden)	135	185	167	153	186	269
Arbeitslosenquote in den zehn „schlechtesten“ Kreisen (in %)	5,3	7,4	6,4	6,2	7,3	10,2
Arbeitslosenquote in den zehn „besten“ Kreisen (in %)	0,9	1,2	1,0	0,9	1,2	2,1
Unterschiede der Arbeitslosenquote zwischen den beiden Gruppen von Kreisen (in Prozentpunkten)	4,4	6,2	5,4	5,3	6,1	8,1

Quelle: Ministerium für regionale Entwicklung.

⁶ In der Tschechischen Republik ist damit zu rechnen, daß praktisch jede Maßnahme einer sektoralen Strukturpolitik beträchtliche Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur hat.

Zu den von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Kreisen gehören (Arbeitslosenquote im Juni 1998):

- in Nordböhmen: Most und Chomutov (beide 12,2 %), Louny (12 %), Teplice (10,8 %), Litoměřice (9,3 %), Děčín (9,1 %) und Ústí nad Labem (8,6 %);
- in Nordmähren: Karviná (11,6 %), Frýdek-Místek (8,5 %), Ostrava (9,4 %) und Pátek (10,3 %);
- in Südmähren: Znojmo (8,5 %) und Hodonín (8,1 %);
- einen Sonderfall stellt der Kreis Kladno (9 %) in Mittelböhmen dar (die relativ hohe Arbeitslosigkeit wurde hier vor allem durch die Schließung des Stahlwerks „Poldi“ verursacht; durch die Nähe zur Hauptstadt hat die Arbeitslosigkeit hier aber nicht so schwerwiegende sozioökonomische Folgen).

Die verstärkte territoriale Differenzierung der Arbeitslosigkeit deuten auch die Angaben zum 31. Dezember 1998 an. Aus ihnen folgt unter anderem, daß die schlechteste Situation hinsichtlich der Arbeitslosigkeit gegenwärtig im Nordmährischen Bezirk besteht. Im Nordböhmisches Bezirk ist zwar die Arbeitslosenquote ein bißchen höher, aber in Nordmähren findet sich die bei weitem höchste absolute Anzahl an Arbeitslosen und eine relativ niedrige Anzahl freier Arbeitsplätze (die drittniedrigste von allen Bezirken). Die in jeder Hinsicht günstigste Lage herrscht demgegenüber in der Hauptstadt Prag.

Arbeitslosigkeit nach den ehemaligen acht tschechischen Bezirken⁷ (zum 31. Dezember 1998)

Name des Bezirkes	Arbeitslosenquote (in %)	Uneingewiesene Bewerber um Arbeit (in Tausenden)	Freie Arbeitsplätze (in Tausenden)	Anzahl der Arbeitslosen auf einen freien Arbeitsplatz
Hauptstadt Prag	2,3	14,6	5,4	2,7
Středočeský	6,1	34,1	5,8	5,9
Jihočeský	5,6	20,0	3,0	6,7
Západočeský	6,4	28,0	3,8	7,4
Severočeský	11,4	67,7	4,1	16,5
Východočeský	6,3	38,8	6,0	6,5
Jihomoravský	7,7	78,3	5,7	13,7
Severomoravský	11,0	105,5	3,9	27,1
Tschechische Republik – insg.	7,5	387,0	37,7	10,3

Quelle: Hospodářské noviny, 18. Januar 1999.

⁷ Es handelt sich um eine territoriale Anordnung, die bis Ende 1990 gültig war. Diese Gliederung wird aber nach wie vor von der ŠÚ (Tschechisches Statistisches Amt) benutzt. Die Angaben für die neuen Bezirke (siehe unsere vorherige Fallstudie) stehen noch nicht zur Verfügung

Die wachsenden Disparitäten zwischen einzelnen Regionen in der Tschechischen Republik lassen sich auch am Niveau des durchschnittlichen Einkommens ablesen, das die wichtigste Determinante des Lebensstandards darstellt. Das bei weitem höchste Einkommensniveau besteht zur Zeit in der Hauptstadt Prag, in der einerseits die Bereiche mit dem höchsten Lohnniveau (z. B. Bankenwesen) konzentriert sind und andererseits zahlreiche ausländische Firmen mit hohem Lohnstandard ihren Sitz haben. Verhältnismäßig hoch ist dieses Niveau auch in den Kreisen mit einem beträchtlichem Anteil der Bergbau- und Schwerindustrie (wie z. B. Ostrava und Karviná in Nordmähren sowie Most in Nordböhmen und Sokolov in Westböhmen), was aber in gewissem Widerspruch zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit steht (siehe die Tabellen oben). Es ist aber zu erwarten, daß diese Situation nur vorübergehend bestehen wird. Andere Gebiete mit einer bedeutenden Konzentration höherer Einkommen sind Kreise mit Zweigen der Maschinenbauindustrie wie Plzeň und vor allem Mladá Boleslav, wo das tschechisch-deutsche Joint Venture Škoda-Volkswagen Group tätig ist (das erfolgreichste Unternehmen in der ganzen Tschechischen Republik).

Am unteren Ende der Skala befinden sich die Kreise mit einem relativ hohen Anteil der Landwirtschaft und einiger Zweige der Verbrauchsmittelindustrie, vor allem der Textilindustrie. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Kreise Bruntál und Šumperk in Nordmähren, Svitavy, Blansko und Vyškov in Mittelmähren, Znojmo in Südmähren, Chrudim, Náchod und Pelhřimov in Ostböhmen und Semily in Nordböhmen.

Laut den Ergebnissen einer Analyse des Ministeriums für regionale Entwicklung stehen hinter der bisherigen regionalen Differenzierung in der Tschechischen Republik vor allem folgende Faktoren:

- Die beträchtliche Senkung der Produktion und Beschäftigung im Bergbau, Hüttenwesen und einigen anderen Zweigen der Schwerindustrie;⁸
- der Produktions- und Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft⁹, vor allem in den sogenannten „Gebieten mit schlechteren Produktionsbedingungen“ (Vorgebirgsgebiete);
- die ungleichmäßige Entwicklung des privaten Unternehmens- bzw. des Dienstleistungssektors (diese Aktivitäten sind vor allem in den größeren Ballungsgebieten konzentriert).

3. Eingrenzung der problematischen Regionen

Durch den Prozeß der regionalen Differenzierung entstanden in der Tschechischen Republik stufenweise vier Gruppen von Regionen (auf dem

⁸ In den Jahren 1991-1995 sank z.B. die Produktion von Steinkohle um 15%, von Braunkohle um 25% und von Hüttenprodukten um 30%. Infolgedessen gingen in diesen Jahren allein im Kohleabbau insgesamt 58000 Arbeitsplätze verloren. Diese Arbeitsplätze waren vor allem in Nordböhmen und Nordmähren konzentriert.

⁹ In der Periode von 1989 bis 1995 sank die landwirtschaftliche Produktion um fast 60 %.

Niveau der Kreise). Neben den sich durchschnittlich entwickelnden Kreisen handelt es sich hierbei um sogenannte:

1) Entwicklungsregionen, die sich durch eine niedrige Arbeitslosigkeit, beträchtlichen Zufluß ausländischen Kapitals, eine dynamische Entwicklung des Dienstleistungssektors sowie einen niedrigen Anteil problematischer Unternehmen auszeichnen.

2) *Strukturell betroffene* Regionen, für die eine Ballung der Schwerindustrie verbunden mit einer starken Arbeitslosigkeit charakteristisch ist. Diese Regionen sind meist auch von beträchtlichen Umweltverschmutzungen betroffen, die durch eine intensive Nutzung dieser Gebiete verursacht wurden.

3) *Wirtschaftlich schwach entwickelte* Regionen, wobei es sich überwiegend um Gebiete mit einem verhältnismäßig großen landwirtschaftlichen Sektor handelt, die als ein Ganzes einen ländlichen Charakter haben. Für diese Regionen ist ein niedrigeres Wirtschafts- bzw. Lebensniveau (und häufig auch eine höhere Arbeitslosigkeit) typisch.

Die zwei letztgenannten Gruppen gehören zu den sogenannten problematischen Gebieten. Die Einstufung als *strukturell betroffene* Region basiert auf dem Beschäftigtenanteil in der Industrie, der Arbeitslosenquote und der Unternehmerdichte; *wirtschaftlich schwache* Regionen werden auf Grundlage der Arbeitslosenquote, der Pro-Kopf-Steuererinnahmen, des Durchschnittslohns, des Beschäftigtenanteils in der Landwirtschaft und der Bevölkerungsdichte ermittelt (siehe Regierungsbeschluß Nr. 759/92).

Aufgrund der oben genannten Indikatoren wurden für das Jahr 1998 insgesamt acht Kreise als *strukturell betroffen* und insgesamt zehn als *wirtschaftlich schwach* bezeichnet.¹⁰ Vier *strukturell betroffene* Kreise (Most, Teplice, Chomutov und Dín) befinden sich im künftigen Ústecký Bezirk in Nordböhmen, zwei (Karviná und Ostrava) im Ostravský Bezirk und je einer im Olomoucký (Pěrov) und im Mittelböhmischen Bezirk (Kladno). Insgesamt drei *strukturell betroffene* Kreise befinden sich also auf dem Gebiet des ehemaligen Nordmährischen Bezirkes. Diese Kreise umfaßten im Jahre 1998 insgesamt 1,4 Mio. Bewohner (13,3 % der Bevölkerung der Tschechischen Republik).¹¹

Zu *wirtschaftlich schwach entwickelten* Regionen wurden zusammen zehn Kreise erklärt. Diese Kreise sind relativ gleichmäßig auf dem Territorium der

¹⁰ Im Jahre 1999 bleibt die Begrenzung dieser beiden Gruppen zum Zweck der Förderung der KMU unverändert (siehe die „Bekanntmachung der Programme der Förderung der KMU für das Jahr 1999; Hospodářské noviny, 30. Dezember 1998).

¹¹ Sehr überraschend zeigt sich in diesen Kreisen die Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie in den Jahren 1990-1995 (siehe die Tabelle). Die Angaben deuten an, daß die Beschäftigten, die in den stark industrialisierten Kreisen aus den großen Unternehmen entlassen wurden, eine neue Betätigung in neuentstandenen kleineren Industriebetrieben (zusammen mit neuen Beschäftigten) fanden. Diese Entwicklung trägt aber wahrscheinlich in den Regionen mit relativ schwach entwickeltem Dienstleistungssektor zu einem zukünftig stärkeren Wachstum der Arbeitslosigkeit bei.

Tschechischen Republik verteilt (keiner befindet sich aber in Mittel- bzw. Ostböhmen). Je zwei befinden sich im Brněnský (Znojmo und Břeclav), Budějovický (eský Krumlov und Prácheň) sowie Plzeňský Bezirk (Tachov und Klatovy), während sich je einer im Olomoucký (Jeseník), Ostravský (Bruntál), Jihlavský (Třebíč) und Ústecký Bezirk (Louny) befindet. Die obenangeführten Gebiete umfaßten im Jahr 1998 800 000 Bewohner (8,1 % der Bevölkerung der Tschechischen Republik).

Die Gruppe der sogenannten *strukturell betroffenen* Regionen soll nach Absicht der Regierung den Ziel-2-Gebieten in der EU entsprechen, während die Gruppe der *strukturell betroffenen* Regionen mit den bis 1999 in der EU-Strukturpolitik existierenden Ziel-5b-Gebieten (d.h. ländlichen Gebieten) vergleichbar ist. Es stellt sich aber die Frage, ob die Orientierung auf diese zwei strukturpolitischen Ziele der EU wirklich adäquat ist, da nach einem EU-Beitritt das gesamte Territorium der Tschechischen Republik unter Ziel 1 (weniger entwickelte Regionen) eingeordnet werden wird.

Wirtschaftliches Profil der geförderten Regionen (Auswahl für die Jahre 1998 und 1999)
a) strukturell betroffene Kreise

Kreis	Anteil der Beschäftigten in der Industrie im Jahre 1990 (in %)	Veränderung der Beschäftigung in der Industrie (1995/1990) (in %)	Arbeitslosenquote zum 31.12.97 (in %)	Anzahl der Unternehmer auf 1000 Einwohner
Děčín	48,3	37,0	9,3	116
Chomutov	44,4	25,8	12,1	100
Karviná	59,9	26,1	10,4	81
Kladno	52,9	41,1	9,2	109
Most	61,3	32,8	12,4	90
Ostrava	55,8	34,9	7,5	100
Pardubice	41,4	32,5	9,0	99
Teplice	48,0	34,3	10,0	97
Tschechien	40,1	19,5	5,2	121

Quelle: Ministerium für regionale Entwicklung.

b) die schwach entwickelten Kreise

Kreis	Arbeitslosenquote zum 31.12.97 (in %)	Steuereinnahmen pro Einwohner (1996, in Tsd. CZK)	Durchschnittslohn (1996, in CZK)	Anteil landwirtschaftlich Beschäftigter (1990)	Landwirtschaftlich Beschäftigte (1995 in % von 1990)	Einwohner pro km ²
Bruntál	8,7	4,38	8 110	19,3	67,1	64
Břeclav	7,4	4,56	8 772	26,9	67,5	106
Krumlov	6,3	5,27	9 045	28,6	58,7	36
Jeseník	9,3	3,84	8 173	.. ¹⁾	.. ¹⁾	60
Klatovy	3,9	4,76	8 554	26,4	55,6	46
Louny	11,3	4,82	8 965	24,8	66,0	77
Prachatice	5,5	4,80	8 402	25,8	55,6	37
Tachov	6,5	4,70	8 930	34,7	63,3	37
Třebíč	7,7	4,23	8 814	25,5	54,8	78
Znojmo	9,4	4,58	8 403	32,0	58,0	70
Tschechien	5,2	6,92	9 684	12,4	52,0	131

Quelle: Ministerium für regionale Entwicklung. ¹⁾ Dieser Kreis entstand zum 1. Januar 1996 durch die Abtrennung vom Kreis Bruntál.

4. Strategie der Regionalentwicklung am Beispiel zweier Regionen

In der aktuellen Konzeption der tschechischen Regierung bezüglich der Regionalpolitik sollen die sogenannten Regionalentwicklungsagenturen eine bedeutende Rolle spielen (siehe Regierungsbeschluss Nr. 235/98). Es handelt sich hierbei um spezifische juristische Personen, die verschiedene, meist privatrechtliche Rechtsformen haben. Sie basieren auf Kooperationen zwischen lokalen Selbstverwaltungsorganen, Staatsverwaltung, Sozialpartnern und anderen ökonomischen Akteuren. Sie sollen aber keinesfalls die öffentliche Verwaltung bzw. Selbstverwaltung ersetzen.

In der Tschechischen Republik bestehen zur Zeit insgesamt 13 Regionalentwicklungsagenturen. Das Zuständigkeitsgebiet eines Teils dieser Agenturen entspricht dem Territorium der künftigen Bezirke (nach Verfassungsgesetz Nr. 347/97), während das bei anderen nicht der Fall ist. Diese Organisationen werden vermutlich in der Zukunft in einigen Fällen die Federführung bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik übernehmen.

Als erste in der Tschechischen Republik entstand im Jahr 1993 die Regionalentwicklungsagentur Ostrava. Das Zuständigkeitsgebiet dieser Agentur umfaßt insgesamt sechs Kreise in Nordmähren, die dem künftigen Ostravský Bezirk entsprechen. Die Gründung einer Entwicklungsagentur in der aus ökonomischer und sozialer Sicht sehr problematischen Region stellte eines der „Pilotprojekte“ der EU (im Rahmen des Programms Phare) in der Tschechischen Republik dar.¹² Die Regionalentwicklungsagentur Ostrava ist

¹² Als zweites entstand 1994 die Regionalentwicklungsagentur einer weiteren problematischen Region der Tschechischen Republik, nämlich Nordböhmens. Diese

derzeit unter anderem eine der Leiteinheiten des Programms Phare (PMU). Sie ist eine Aktiengesellschaft des Ministeriums für Regionalentwicklung, der Vereinigung der Gemeinden Oberschlesiens, Nordmährens und Schlesiens sowie der Vereinigung für den Wiederaufbau Nordmährens und Schlesiens. Die Regionalentwicklungsagentur hat binnen der fünf Jahre ihrer Existenz für die Region Nordmähren und Schlesien aus EU-Quellen Finanzmittel in Höhe von 6 Mio. ECU erschlossen.¹³

4. A/ Die Region Nordmähren und Schlesien

Die Regionalentwicklungsagentur Ostrava erarbeitete als erste in der ganzen Tschechischen Republik eine „Entwicklungsstrategie der Region Nordmähren und Schlesien“. Dieses Dokument soll unter anderem als wichtige Grundlage für die Erarbeitung eines strategischen Plans zur Entwicklung dieser Region dienen.¹⁴

Die „Entwicklungsstrategie der Region Nordmähren und Schlesien“ basiert auf dem Projekt REGVIS 2005 und entwirft eine Vision der Entwicklung bis zum Jahr 2005.¹⁵ Dieses Projekt wurde von der Agentur für regionale Entwicklung in Ostrava (nach den Regeln des EU-Programmes ECOS/OUVERTURE) seit März 1996 vorbereitet und koordiniert, und entstand in Zusammenarbeit mit vier EU-Regionen, die sich seinerzeit in einer mehr oder weniger ähnlichen Situation befanden: Lothringen (Frankreich), Shannon (Irland), Nordrhein-Westfalen (Deutschland) und Frederiksborg (Dänemark).

Das Dokument hat strategischen Charakter – d.h. es soll als Grundlage zur Koordinierung der Entwicklungsvorhaben innerhalb sowie außerhalb der Region dienen. Es zielt außerdem auf die Vorbereitung zur Absorption der Regional- und Entwicklungshilfe aus EU-Fonds.

Charakteristik der Region

Die Region Nordmähren und Schlesien wird durch eine schwerindustrielle Agglomeration charakterisiert, die seit der Wende im Jahre 1989 einen permanenten Restrukturierungsprozeß durchmacht. Dieser

Agentur hat ihren Sitz in der Stadt Most und umfaßt das Territorium des künftigen Ústecký Bezirkes (d. h. insgesamt sieben Kreise).

¹³ Angabe zitiert nach der Homepage der Regionalentwicklungsagentur: <http://www.rdaova.cz/iisarr/>; Stand 18.3.1999.

¹⁴ Ähnliche Pläne sollen bis Ende 1999 von allen künftigen Bezirken erarbeitet werden. Diese Pläne sollen eine Grundlage für die Erarbeitung der gesamtstaatlichen Regionalentwicklungsstrategie darstellen.

¹⁵ Das Projekt wurde von der DG XVI der Europäischen Kommission und vom PHARE-Programm mitfinanziert. Der Output wurde von der Agentur für regionale Entwicklung AG, Ostrava 1998 herausgegeben. Die folgende Analyse der Region basiert grundsätzlich auf diesem Dokument.

Restrukturierungsprozeß zielt auf die Diversifizierung der industriellen Aktivitäten und die Stärkung des Dienstleistungssektors.

Die Region grenzt im Norden und Osten an Polen und im Südosten an die Slowakei. Die Fläche der Region stellt 7,04 % des gesamten Territoriums Tschechiens dar und es leben dort 12,5 % der gesamten Bevölkerung. Sie besteht aus den Kreisen Bruntál, Frýdek-Místek, Karviná, Nový Jičín, Opava und Ostrava und umfaßt 1,3 Millionen Einwohner.

In der Region werden fast 20 % des tschechischen BIP produziert. In der wirtschaftlichen Struktur spielt die Industrie traditionell eine klar dominierende Rolle. Die wichtigsten Sektoren sind neben der chemischen und pharmazeutischen Industrie, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik vor allem das Bergbauwesen, die Energieindustrie und das Hüttenwesen. Das Hauptzentrum der Region ist die Agglomeration Ostrava und die umliegenden Kreise Karviná, Frýdek-Místek und Nový Jičín.

Die Arbeitslosigkeit stellt ein ernstes Problem dar. Laut der Entwicklungsstrategie erreichte die Arbeitslosenquote Ende des Jahres 1997 8,3 % (zu demselben Zeitpunkt betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Tschechischen Republik 5,2 %).¹⁶ Zum 30. November 1998 wurden 27 % der Gesamtzahl an Arbeitssuchenden in Nordmähren registriert, was bei weitem der größte Anteil unter allen Bezirken ist.¹⁷

Die gesamte Region leidet unter einem schlechten Umweltzustand – vor allem unter Luft- und Wasserverschmutzung, aber auch unter Bodenkontamination. Erst seit 1990 kam es zu einer schrittweisen Umweltverbesserung infolge der Drosselung oder Stilllegung von wenig effektiven sowie energie- und rohstoffintensiven Produktionen.

Die strategische Vision für die Region Nordmähren und Schlesien¹⁸

Die Entwicklungsstrategie geht von einer Mobilisierung des internen Potentials sowie einer möglichst weiten Ausnutzung der eigenen Ressourcen (endogene Kapazität) aus. Die strategische Vision sollte auf folgenden Grundprinzipien beruhen:

- Stimulation und Diversifikation der wirtschaftlichen Struktur, damit sie international konkurrenzfähig wird;
- Anregung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region;
- Integration marginaler Lokalitäten und ethnischer Gruppen in die Regionalentwicklung;

¹⁶ Zum 31. Dezember 1998 betrug die Arbeitslosenquote im ehemaligen Nordmährischen Bezirk (der aber nicht mit dem neuen Ostravský Bezirk identisch ist) schon 11 % (in der ganzen Tschechischen Republik waren es 7,5%).

¹⁷ Vgl. Míka, Miloslav: Grafik Nr. 2 in: Pohledy Nr. 6/98 (Dezember), S.16.

¹⁸ Vgl. Entwicklungsstrategie der Region Nordmähren und Schlesien, S. 12

- Einbeziehung verschiedener Akteure (z.B. privater, staatlicher und öffentlicher Institutionen) in die Entwicklungsstrategie;
- Ausnutzung von Lokalinitiativen zur Anregung der erforderlichen Prozesse.

Die gesamte strategische Vision soll die soziale und wirtschaftliche Lage der Region stabilisieren und die endogenen Kapazitäten (Humanressourcen und Kapitalquellen) entfalten. In der Entwicklungsstrategie wurden insgesamt sechs strategische Entwicklungsrichtungen ausgewählt: Wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur und Logistik, Sozialentwicklung, Ausbildung und Kultur, Umwelt, Tourismus und schließlich internationale Zusammenarbeit. Auf diesen sechs Gebieten wurde die sog. SWOT-Analyse durchgeführt:¹⁹

¹⁹ Dabei handelt es sich um ein Planungsinstrument zur Identifizierung von „Strengths, Weaknesses, Opportunities and Threats“.

SWOT-Analyse der Region Nordmähren-Oberschlesien

Wirtschaftliche Entwicklung	
<p>Stärken Differenzierte Industriestruktur und gutes technisches Niveau in ausgewählten Industriezweigen, langjährige Tradition auf dem Gebiet des Transportmaschinenbaus, der Textilindustrie, der Chemie, sowie eine ganze Reihe von bekannten Handelsmarken. Gute Forschungsbasis auf dem Gebiet des Bergbaus und des Hüttenwesens. Ausreichendes Potential an qualifizierten (und gut requalifizierbaren) Arbeitskräften.</p>	<p>Schwächen Starke territoriale Konzentration schwerindustrieller Produktion, verlangsamte Privatisierung der Schlüsselbetriebe und deren große sekundäre Verschuldung, sowie der schlechte Umweltzustand. Vernachlässigte unternehmerische Infrastruktur und niedriges Niveau an Innovationsaktivitäten. Außerdem leistet der Staat nur wenig Unterstützung bei der Industriestrukturierung und der Förderung von KMU. Angesichts des guten Potentials der Region auf dem Gebiet des Tourismus ist die Tourismusindustrie bisher nur ungenügend entwickelt.</p>
<p>Chancen Relativ günstige strategische Lage mit Kommunikationssystemen in Nord-Süd- (Polen-Ungarn) und Ost-West-Richtung (Deutschland-Rußland); drei Hochschulen mit einem bedeutenden Bildungspotential; der Stadt Ostrava sowie einigen weiteren Städten der Region wird ein hohes Rating zugemessen, was ausländisches Kapital anziehen könnte.</p>	<p>Risiken Aus Mangel an Investitionsquellen wurden die großen Infrastrukturprojekte (die Autobahn, der Eisenbahnkorridor und der Flughafen) verspätet in Angriff genommen. Der Produktionsabsatz hängt zu sehr von den protektionistisch geschützten Inlandsmärkten ab. Der einheimische Binnenmarkt ist als instabil und mit sinkender Kaufkraft zu bezeichnen. Der Transformationsprozeß der landwirtschaftlichen Unternehmen und entsprechenden Verarbeitungsbetriebe wurde nicht konsequent durchgeführt. Es droht eine Fortsetzung bzw. Vertiefung des sog. „Grenzsyndroms“ (d.h. die meisten Investitionen fließen nach Prag und in andere böhmische Regionen).</p>
Infrastruktur	
<p>Stärken Günstige geographische Lage, da im Zentrum der Verkehrswege zwischen Tschechien, Polen, der Slowakei und Österreich und durch den Eisenbahn- und Busverkehr vernetzt. In der Nähe des regionalen Zentrums existiert ein Flughafen auf internationalem Niveau. Es besteht weiter die strategische Möglichkeit, das Zentrum an die europäischen Hauptstrecken anzuknüpfen (die europäische Konferenz der Verkehrsminister in Helsinki 1997 hat die Leitung des IV. Europäischen Transferskorridors durch diese Region gebilligt und auch die tschechische Regierung hieß die Absicht gut, eine Autobahn und den II. Eisenbahnkorridor für das Territorium der Agglomeration von Ostrava aufzubauen).</p>	<p>Schwächen Im regionalen Zentrum existiert kein integriertes Verkehrssystem und das technische Niveau eines bedeutenden Teiles der Verkehrsinfrastruktur ist veraltet. Die Tarifpreise steigen ständig.</p>
<p>Chancen Eine zur Förderung des öffentlichen Verkehrswesens geeignete Tarifpolitik, sowie die Einführung eines integrierten Verkehrssystems im Zentrum der Region.</p>	<p>Risiken Eine Vertagung des Ausbaus und der Modernisierung der internationalen Verkehrswege, sowie eine Verringerung des öffentlichen Verkehrs. Unklarheiten auf dem</p>

	Gebiet der Privatisierung von Eisenbahnstrecken und der Konzeption der Tschechischen Bahn.
Sozialentwicklung, Ausbildung und Kultur	
<p>Stärken Ein einheitliches System universitärer und sozialberuflicher Ausbildung und enge Arbeitskontakte mit dem polnischen und slowakischen Nachbarn. Es besteht in der Region traditionell ein großes technisches Potential und kulturhistorisches Erbe.</p>	<p>Schwächen In der Region zeichnet sich zunehmend eine Marginalisierung bestimmter sozialer Gruppen ab. Es besteht weiterhin eine Abwanderungstendenz hochqualifizierter Personen aus der Region. Die Universitäten und Hochschulen werden seitens der Unternehmen nur wenig unterstützt. Das Image der Region wird nur ungenügend in den Regionalmedien gestaltet.</p>
<p>Chancen Ausnutzung des technischen Fachwissens und des kreativen Potentials.</p>	<p>Risiken Weiteres Anwachsen von Kriminalität und Drogenkonsum, Entstehung von Ghettos und Zunahme der Obdachlosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt weiter zu. In der Region wächst das Risiko eines ethnischen Konflikts mit der Roma-Bevölkerung, den Vietnamesen und Chinesen. Eine ungünstige demographische Entwicklung.</p>
Umweltsituation	
<p>Stärken Das dichteste Netz von gegenseitig sich vernetzenden touristischen Informationszentren in der Tschechischen Republik. Viele Natursehenswürdigkeiten und Naturschutzgebiete; außerdem das regionale Umweltprogramm „Projekt Schlesien“ und das spezielle Monitoring des umweltbedingten Gesundheitszustandes der Bevölkerung.</p>	<p>Schwächen Allgemein schlechter Umweltzustand.</p>
<p>Chancen Einführung eines Krisenmanagements für Umweltkatastrophen. Organisationsstruktur der entsprechenden Verwaltungsorgane zur Sicherung der staatlichen Umweltpolitik.</p>	<p>Risiken Zu langsame Beseitigung von Altlasten, sowie ungelöste Konflikte zwischen regionalen und lokalen Interessen bezüglich der Rohstoffgewinnung. Langsame Revitalisierung von Landschaft und Natur und das andauernde umweltbedingte Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung.</p>
Tourismus	
<p>Stärken Die Günstige geographische Lage der Region, dichte Netz von Landstraßen und touristischen Informationszentren, potentielle Ausnutzung der kleineren Bäder mit attraktiven Heilprozeduren.</p>	<p>Schwächen Ungenügende Qualität der Dienstleistungen, Informationen und der Werbung für die Region im Ausland sowie in Tschechien.</p>
<p>Chancen Entwicklung des ländlichen Fremdenverkehrs sowie der Agrotouristik, Ausbau von Bildungsveranstaltungen.</p>	<p>Risiken Mögliche negative Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu den Touristen. Die zu geringe Unterstützung des Staates für die zurückbleibenden und ländlichen Gebiete, sowie der Mangel an Startkapital für Dienstleistungen. Unsensible Eingriffe in die Landschaft und die Besiedlung der Bergbaugebiete.</p>

Internationale Zusammenarbeit	
Stärken Funktionierende Agentur für Regionalentwicklung, die die Realisierung des PHARE-Programms leitet und ein Euro-Info-Zentrum betreibt, sowie die strategischen Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung von Regionalstädten.	Schwächen Relative geographische Isolierung der Region bezüglich des Zuflusses von ausländischem Kapital; weder Vertretungen in internationalen Handelszentren, noch ein institutioneller Repräsentant für ausländische Aktivitäten.
Chancen Problembezogene Zusammenarbeit mit Polen und der Slowakei in den Grenzgebieten. Angebot an Immobilien für unternehmerische Aktivitäten ausländischer Investoren. Institutionelle Vertretung der Region in Brüssel und künftige Zusammenarbeit der Region mit den ausgewählten Regionalpartnern in den europäischen (vor allem EU-) Staaten.	Risiken Zu geringer Anreiz für ausländische Investoren. Fortbestehen der geographischen Isolation (keine Anknüpfung an die internationalen Transportstrecken).

4. B/ Die Südmährische Region – der Brn nský Bezirk

Um die Perspektiven und das Potential zur Ausnutzung der endogenen Kapazitäten der Nordmährischen und Schlesischen Region mit einer anderen Region vergleichen zu können, folgt eine Übersicht über die Südmährische Region – d.h. den Brn nský Bezirk. Die Regionale Entwicklungsagentur Südmähren wurde am 10.9.1997 gegründet und ist ein Zusammenschluß der Gemeinde- und Städtevereinigung Südmähren²⁰ und der Handelskammer Brno²¹. Sie entstand aufgrund des Gründungsvertrages vom 10.9.1997. In der Zukunft rechnet man mit der Teilnahme des bedeutendsten Unternehmens Südmährens – der Brüner Messen und Ausstellungen AG – sowie des Ministeriums für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik/ Zentrum für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik. Die einzelnen Akteure arbeiten bei der Lösung der mit der Entwicklung des künftigen Brno-Bezirk verknüpften Probleme zusammen. Die Regionale Entwicklungsagentur Südmährens hat ein mit der obenbehandelten „Strategie der Regionalentwicklung von Nordmähren und Schlesien“ vergleichbares Dokument unter dem Titel „Hauptausrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Bezirkes Brno mit Akzent auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Niederösterreich“ erarbeitet.²² Das Dokument entstand im Rahmen eines vom Phare-Programm finanzierten

²⁰ Von insgesamt 643 Gemeinden sind in der Gemeinde- und Städtevereinigung nur 23 vertreten. Man erwartet künftig eine stärkere Aktivität der Gemeinden in der Formulierung ihrer lokalen und regionalen Interessen.

²¹ Die Handelskammer Brno ist die Vereinigung von sieben Wirtschaftskammern Südmährens.

²² Das Dokument wurde im August 1998 von der Regionalen Entwicklungsagentur herausgegeben. Die folgende Analyse des Bezirkes Brno basiert auf dieser Grundlage.

Projektes. Die Erarbeitung der Entwicklungsstrategie des Bezirkes Brno erfolgte unter der Leitung der Regionalen Koordinationsgruppe, in deren Rahmen der Magistrat der Stadt Brno, die Arbeitsämter von sieben Kreisen, sowie die Regionale Entwicklungsagentur zusammenarbeiteten, wobei die Erfahrungen aus dieser Kooperation eindeutig positiv waren.²³ Die Regionale Koordinationsgruppe wurde auf Empfehlung des Ministeriums für Regionale Entwicklung geschaffen und umfaßt insgesamt 21 Mitglieder²⁴, die unter Berücksichtigung zweier Prinzipien ausgewählt wurden, nämlich der paritätischen Vertretung aller Verwaltungseinheiten des künftigen Bezirkes Brno und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die Frage einer Kooperation mit dem regionalen tripartistischen Rat wurde bisher offiziell noch nicht gestellt. Die Regionale Entwicklungsagentur soll sich in Zukunft vor allem mit der Vorbereitung des Bezirkes Brno auf die Strukturfonds der EU befassen. Als Reaktion auf die dringendsten aktuellen Probleme des Gebietes verwaltet gegenwärtig die Regionale Entwicklungsagentur einen Fonds kleinerer Infrastrukturprojekte in Höhe von ca. 75 Mio. K und bearbeitet gleichzeitig die Datenbank der Regionalexperten. Zum weiteren Tätigkeitsbereich der Regionalen Entwicklungsagentur zählen Informations-, Koordinations-, Beratungs- und Vermittlungsaktivitäten. Das Hauptergebnis bisheriger Zusammenarbeit der Gründungssubjekte der Regionalen Entwicklungsagentur war die Erarbeitung der erwähnten Strategie der Regionalentwicklung, die einen festen Bestandteil der gesamtstaatlichen Entwicklungsstrategie der Tschechischen Republik darstellen soll. Die Entwicklungsstrategie des Bezirkes Brno wurde am 26. März 1999 von der Regionalen Koordinationsgruppe gebilligt. Erst an sie werden die konkreten Projekte anknüpfen, die auf die Entwicklung der Gemeinden und Städte des Bezirkes Brno und auf die Realisierung der konkreten unternehmerischen Absichten der Mitglieder der sieben Kreiswirtschaftskammern des künftigen Bezirkes abzielen.

Die Anliegen der Region werden in Prag nur zögernd berücksichtigt – das Hauptproblem dabei ist, daß die EU-Prinzipien der Dezentralisierung und der Partnerschaft erst allmählich in die Verwaltungspraxis der Tschechischen Republik umgesetzt werden.

Die Südmährische Region stellt 11,1 % der gesamten Bevölkerung der Tschechischen Republik und ihre Fläche umfaßt 9,0 % des gesamten Staatsterritoriums. Die Vorschläge für die künftige Entwicklung der Region wurden im obengenannten Dokument auf denselben sechs Grundgebieten wie im Falle der Region Nordmähren und Schlesien konzipiert:

²³ Interview mit dem Direktor der Regionalen Entwicklungsagentur Südmährens, Petr Bajer.

²⁴ In der Regionalen Koordinationsgruppe sind die Kreisämter, die Städte und Gemeinden aus den einzelnen Kreisen, die Gemeinde- und Städtevereinigung Südmährens, die Regionale Entwicklungsagentur, die Handels- und Wirtschaftskammer Südmährens, die Agrarkammer, die Kreisarbeitsämter, die Hochschulen sowie auch die Kirchen vertreten.

Entwicklungsperspektiven der Region Südmähren

Wirtschaftliche Entwicklung
Eine wirtschaftliche Belebung der Region sowie eine Stärkung der Stadt Brno als Metropole und wichtige Messestadt ist anzustreben. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei der Restrukturierung der Maschinenbauindustrie zu. Die Privatisierung der entscheidenden wirtschaftlichen Subjekte muß zu Ende gebracht und kapitalstarke künftige Eigentümer gefunden werden. Die in der Region angesiedelten Universitäten und Hochschulen könnten mehr in angewandte Forschungsaktivitäten für die Wirtschaft eingebunden werden. Das wirtschaftliche Prestige der Region im Rahmen der Tschechischen Republik sowie der EU könnte dadurch gestärkt werden, daß man Partnerschaften mit Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen in der EU entwickelt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen könnte weiter intensiviert werden (dabei kommt den Partnerregionen Niederösterreich und Schlesien an der Nord-Süd-Achse eine besondere Bedeutung zu).
Infrastruktur
Eine deutliche Verbesserung der Qualität und Kapazität der Verkehrs- und technischen Infrastruktur ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Regionalentwicklung. Die Region muß besser an die europäische Infrastruktur angebunden werden, vor allem durch den Ausbau der Autobahn D1 und der Modernisierung des ersten und zweiten Eisenbahnkorridors D 1 – Praha – Brno – Vídeň und Bohumín – Pátek – Brno – Břeclav, sowie die Stärkung der Rolle des Flughafens Brno.
Sozialentwicklung, Ausbildung und Kultur
Es muß eine aktive Beschäftigungspolitik betrieben werden, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen. ²⁵ Die soziale Kohäsion der Bevölkerung soll mit geeigneten Maßnahmen unterstützt werden.
Umwelt
Der Umwelt- und Landschaftsfürsorge muß eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Umweltverschmutzung in der gesamten Region ist zwar relativ gering, aber der Landschaftsfürsorge sollte eine größere Priorität eingeräumt werden. Auf europäischer Ebene soll ein System qualifizierter Dienstleistungen für Agrarproduzenten entwickelt werden.
Tourismus
Die Entwicklung des Tourismus und der Naherholung sollte stärker unterstützt werden. Obwohl die Region für den Fremdenverkehr keine allzu günstigen Naturbedingungen bietet, stellt die Kulturidentität eine gute Voraussetzung für die touristische Entwicklung dar. Vor allem sollten die sog. neuen Formen des Tourismus gefördert werden – so z.B. der Agrotourismus oder spezifische Formen wie z.B. der Geschäfts- und Kongreßtourismus. In der Region sollten entsprechende, technisch gut ausgestattete Informationszentren aufgebaut werden, die in der Zukunft Informationen und Dienstleistungen integriert anbieten könnten.
Internationale Zusammenarbeit
Um die institutionellen Bedingungen für die Verwirklichung aller Entwicklungspläne zu sichern muß die internationale Zusammenarbeit gefördert werden. Angesichts der Lage der südmährischen Region spielt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine eindeutig prioritäre Rolle im gesamten Kontext der internationalen Zusammenarbeit. Der Hauptpartner der wirtschaftlichen und kulturelle Kooperation ist Niederösterreich. ²⁶ Die Zusammenarbeit

²⁵ Die letzten Angaben zur Arbeitslosigkeit zeigen, daß es zwar in Brno mit 6,9% immer noch die geringste Arbeitslosigkeit im gesamten Bezirk gibt, diese jedoch weiter steigt. Der Nachbarbezirk Znojmo verzeichnet eine Arbeitslosigkeit in Höhe von 12,9 %. Siehe die Tageszeitung Právo vom 14. April 1999, S. 18.

²⁶ Seit dem Jahre 1991 gibt es einen Ausschuß für die Zusammenarbeit mit Niederösterreich, der nach einem zweijährigen Rahmenprogramm arbeitet. Die Hauptausrichtung der Zusammenarbeit spiegelt sich in der Struktur einzelner Arbeitskommissionen wider (die Prioritäten der Kooperationstätigkeit für die Jahre 1999 – 2000 sind z.B. Umwelt, Wirtschaft, Tourismus, Gesundheitswesen, Kommunikation und Verkehr, Regionalpolitik und Wiederaufbau der Dörfer, die Programme CBC Phare und Interreg II, Kultur, Sport usw.)

mit dem westslowakischen Gebiet darf aber nicht vernachlässigt werden. Für beide Nachbarregionen, Niederösterreich und die Slowakei, gilt, daß es sinnvoll wäre, die Regionalstrategien und die Territorialplanung grenzüberschreitend zu koordinieren. In der strategischen Vision wird auch an eine Koordinierung und Kooperation zwischen den Hochschulen und Forschungsinstituten gedacht. Bezüglich der Region Niederösterreich und des westlichen Teiles der Slowakei wird die Begründung b.z.w. Vertiefung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftskammern beabsichtigt, um die ökonomische Entwicklung anzukurbeln. Es ist im gemeinsamen Interesse der drei Regionen, die regional- und kulturspezifische Agrarproduktion – vor allem auf dem Gebiet des Weinbaus – gemeinsam zu entwickeln und zu koordinieren. Der Verein der Weinbaugemeinden Südmährens hat sich zum Ziel gesetzt, eine Grundkonzeption für verschiedene Projekte zu bearbeiten. Der Weinbau bietet gute Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit Südmährens mit dem niederösterreichischem Weinviertel. Die Technische Universität Wien und die Technische Hochschule Brno haben z.B. eine gemeinsame Studie EREG verfaßt, in der man den Aufbau von Weinpfaden und Winzellergassen empfiehlt. So ist das Projekt „Weintouristik im tschechisch-österreichischen Grenzgebiet – die Koordinierung von Projekten“ entstanden. Das Projekt „Südmähren – Entwicklung des Weinbaus“ wurde im letzten Jahr angenommen. Das Gesamtbudget dieses Projektes beläuft sich auf 921 000 EUR, wobei drei Viertel der Finanzmittel aus dem PHARE-CBC Programm stammen.²⁷

4./C Schlußbemerkungen

Die Verwirklichung der regionalen ökonomischen und sozialen Entwicklungsvisionen befindet sich in der Tschechischen Republik erst am Anfang. Es ist zur Zeit noch nicht möglich, die Projekte mit der realen Entwicklung zu vergleichen, was die objektivste Bewertung darstellen würde. Beim Lesen der beiden obenunterbreiteten Entwicklungsstrategien scheint es aber, daß die „Entwicklungsstrategie der Region Nordmähren und Schlesien“ ausführlicher und ausgewogener ausgefallen ist. Dies deutet darauf hin, daß sich ihre Autoren der möglichen Probleme und Risiken einer künftigen Entwicklung intensiver bewußt waren.

Obwohl die Ausgangsposition der Region Nordmähren und Schlesien im Rahmen der gesamten Tschechischen Republik zunächst eindeutig schlecht aussah, ist es gelungen, den tiefsten Krisen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorzubeugen.²⁸ Der Grund der relativ erfolgreichen Entwicklung war „die eigene Fähigkeit, das wirtschaftliche und soziale Milieu so zu bilden, daß es die unternehmerischen Aktivitäten unterstützt, die lokalen und externen Investitionen in die Region anlockt und den kleinen Unternehmern hilft ...“.²⁹ Es ist allerdings anzumerken, daß die noch vor zwei Jahren optimistischen Aussichten für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt korrigiert werden mußten. Was die absolute Anzahl der Arbeitslosen angeht, liegt Ostrava in der

²⁷ Siehe den Artikel von Kr ová, B.: Stezkami ji ní Moravy, in: Ekonom 9/99, S. 42.

²⁸ Siehe Nešporová, A.: An Active Approach towards Regional Restructuring: The Case of Ostrava, Czech Republic, in: Regional Development and Employment Policy. Lessons from Central and Eastern Europe. Ed. by Maarten Keune, ILO Central and Eastern European Team, S. 93.

²⁹ Ebda.

Tschechischen Republik an erster Stelle (knapp 22000 Arbeitslose), gefolgt von Karviná (mehr als 21000)³⁰. Neben den regionalspezifischen Bedingungen (die Monostruktur der Industrie und die inadäquate Infrastruktur dieser Region) spielen bei dieser negativen Entwicklung die wirtschaftliche Krise und die strukturellen Probleme der ökonomischen Transformation in der Tschechischen Republik eine große Rolle.

Die beiden in dieser Fallstudie präsentierten strategischen Überlegungen zur Regionalentwicklung benötigen noch eine ausführlichere Durchführungsstrategie. Zur Verwirklichung der regionalen Entwicklungsstrategien ist es nötig, zuerst die institutionellen Bedingungen zu schaffen und die materiellen und finanziellen Bedingungen zu klären. Die Regionen sollten also allgemein die Bildung tragfähiger Akteurkoalitionen der Regionalpolitik initiieren. Erforderlich ist es auch, der Vorbereitung professioneller Arbeitsressourcen auf dem Gebiet der Regionalpolitik Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel zu widmen. Die Regionen sollten bei der Suche nach verschiedenen Möglichkeiten, finanzielle Unterstützung aus den Strukturfonds der EU und aus dem PHARE-Programm zu erschließen, aktiv mitwirken. Die jeweilige Hauptausrichtung einer strategischen Vision muß weiter in einzelne Projektetappen aufgeschlüsselt werden. Die politische Klasse, die Fachleute sowie die Bürger sollten die Gelegenheit haben, sich zu diesen konkreten Vorhaben zu äußern.

³⁰ Das bedeutet, daß sich um eine Arbeitsstelle ca. 50 Arbeitslose bewerben. Siehe die Tageszeitung Právo, 14. April 1999, S. 18.